

Meinung geben. Unser Tarif bestimmt auch bereits im § 4, daß das Tarifamt für solche Gehilfen, die in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt sind, einen niedrigeren Lohn als das tarifliche Lohnminimum genehmigen kann. Unter Zuhilfenahme dieser tariflichen Bestimmung wird sich manche bange Sorge um die Zukunft verschonen lassen — wir alle wollen dabei ernstlich behilflich sein.

Das sind Worte des Trostes und wir sind überzeugt, daß ihnen auch die Tat folgen wird, denn viele Wunden hat der Krieg geschlagen, aber auf der einen Seite eine gute feste Organisation, auf der andern geordnete Arbeitsverhältnisse, das ist ein guter Halt und Trost in dieser schweren Zeit.

Wahnung zur Einigkeit.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hat im „Correspondenzblatt“ durch den auch in Nummer 16 der „Solidarität“ erschienenen Artikel „Freilichterei“ gezeigt, daß eine ganze Gruppe an der Arbeit ist, durch die Art ihrer Tätigkeit die geschaffenen Organisationen zu schädigen. Von unverantwortlichem Platz aus wird Mißtrauen zu erwecken versucht gegen alle die Beschlüsse und Maßnahmen, die der Krieg als eine Notwendigkeit forderte. Aber auch der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sieht sich genötigt, durch ein Rundschreiben die zersetzende Tätigkeit eben dieser Gruppe zu kennzeichnen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Berlin, den 23. April 1915.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Der Parteivorstand.

Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

An die Vorstände der Bezirks- und Landesorganisationen.

Werte Genossen!

Mancherlei Vorkommnisse der letzten Zeit lassen immer klarer die Tatsache erkennen, daß eine kleine Gruppe daran arbeitet, die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung zu zerstören.

Diese kleine Gruppe ist keineswegs mit jener Minderheit identisch, die mit den Abstimmungen der Reichstagsfraktion am 4. August, am 2. Dezember und am 20. März nicht einverstanden ist. Sie bildet vielmehr innerhalb der Minderheit selbst wieder nur eine sehr kleine Minorität. Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind alle Parteigenossen einig in dem festen Entschluß, die Aktionstrait der Arbeiterklasse zu erhalten, deren Geschlossenheit nach Abschluß des Krieges notwendiger sein wird denn je.

Dazu ist es aber notwendig, daß Meinungsverschiedenheiten sachlich ausgetragen werden, daß man es unterläßt, mit Unterstellungen, Verdächtigungen und Verleumdungen zu arbeiten. Das gilt selbstverständlich für Ausschreitungen auf der linken wie auf der rechten Seite.

Einige wenige überhäufen systematisch in Veröffentlichungen des In- und Auslandes sämtliche gewählten Vertretungsglieder der Arbeiterklasse mit unerhörten Schmähungen.

Nachdem seit längerer Zeit eine besonders gehässig redigierte Zeitschrift, die den Titel „Lichtstrahlen“ führt, an die Organisationen verbreitet worden ist, haben Rosa Luxemburg und Franz Mehring jetzt gleichfalls eine Monatschrift „Die Internationale“, die sie in Düsseldorf drucken lassen, herausgegeben. In dieser „Internationalen“ werden nicht nur zahlreiche absolut falsche Behauptungen aufgestellt, die richtigzustellen nicht Aufgabe dieses Rundschreibens sein kann, es wird auch in einer Reihe von Artikeln die Partei in standalöser Weise beschimpft. Sie habe „politisch abgedankt“, ihr „Zusammenbruch sei beispiellos“, sie habe sich binnen 24 Stunden „in blauen Dunst aufgelöst“ usw. Wie die Partei, so werden auch ihre bekanntesten Vertreter heruntergerissen. Ja, es werden sogar Angehörige der Minderheit beschimpft, die sich erlaubten, in einigen Punkten anderer Meinung zu sein als die Herausgeber der „Internationalen“.

Genosse Kautsky, der in der gesamten Internationale geachtet und geehrt wird, wird in der Zeitschrift von Rosa Luxemburg und Franz Mehring in der schlimmsten Weise beschimpft. Seine Theorie sei eine „willfährige Magd der offiziellen Praxis der Parteiinstanzen“, sei die Theorie des „freiwillig übernommenen Cynismus“. Die „Neue Zeit“ wird „ein gefälliges Mädchen für alle“ genannt. Dem Genossen Lunow wird wegen seiner lesenswerten Schrift „Partei-Zusammenbruch?“ plumper Täuschungsversuch vorgeworfen. An anderer Stelle wird unter Anlehnung an anarchistische Phrasen über unsere Organisation verächtlicher Weise von den „Lobfängern der selbstigmachenden großen Mitgliederzahl und reichen Klassen“ gesprochen.

Diese „Internationale“ arbeitet ganz offenbar auf die Zerstörung der Parteeinheit hin. Ihre Verbreitung in der Partei ist ebenso systematisch organisiert worden, wie der Vertrieb der „Lichtstrahlen“ und anderen anonym erscheinenden Materials. Gegen ein solches Treiben Front zu machen, ist die Pflicht jedes Parteigenossen, der mit uns davon überzeugt ist, daß die Kraft der deutschen Arbeiterklasse nicht durch innere Streitigkeiten zermürbt werden darf. Innere Meinungskämpfe sind so zu führen, daß die Einigkeit der Bewegung über den Krieg hinaus unzerstört bleibt. Wer gegen diese Grundregel verstößt, handelt an der deutschen Arbeiterklasse schlimmer als der schlimmste Feind.

Der nächste Parteitag, der einberufen werden soll, sobald die Umstände es gestatten, wird zu entscheiden haben, in welchem Sinne die weitere Politik der Partei geleitet werden soll. Es ist das Recht und die Pflicht jedes Parteigenossen, gleichviel, ob er Anhänger oder Gegner der Fraktionshaltung ist, dahin zu wirken, daß die Entscheidung so ausfalle, wie es nach seiner Ueberzeugung dem Parteiinteresse am besten entspricht.

Daß dies möglich ist, ohne eine wüste Verhegung zu treiben, die ein ferneres Zusammenarbeiten ausschließt, beweist die Haltung des größten Teils der Minderheit selbst.

Von den Vorständen der Organisationen erwarten wir auf das bestimmteste, daß sie den systematischen Versuchen, Verwirrung in die Partei zu tragen und ihre Organisation und Aktionsfähigkeit zu zersplittern, entschieden entgegenarbeiten. Am besten wird das geschehen können durch die Verbreitung aufklärender Schriften über die parteigenössische Situation.

Mit Parteigruß

Der Parteivorstand.



Für alle uns anlässlich des 25 jährigen Bestehens der Mitgliedschaft Berlin zugelandten Gratulationen und Ehrungen sagen wir auf diesem Wege unseren

herzlichsten Dank.

Die Zahlstelle Berlin.

J. R.: Otto Gloth, Vorstehender.



Korrespondenzen.

Hannover. Bericht von der außerordentlichen Mitgliederversammlung am 26. April 1915. Nach Verlesung des Protokolls, welches angenommen wurde, gab Kollege Spartakul Zuschriften aus dem Felde bekannt, worin von allen die Freude ausgesprochen wird über die regelmäßige Zustellung der „Solidarität“, ebenso wird von ihnen das Verhalten derjenigen Kollegen beurteilt, welche dem Verbande in dieser schweren Zeit den Rücken lehrten und somit Verrat übten, indem sie glaubten, den Verband nicht mehr nötig zu haben zum Schaden ihrer selbst wie der Allgemeinheit. Ein Kollege schickte uns aus dem Felde 5 Mk. zur freien Verwendung in der Zahlstelle. Sie sind

zu Liebesgaben für die im Felde stehenden verwandt worden. Hierauf wurde die Abrechnung vom ersten Quartal bekannt gegeben. Die Einnahme der Hauptkasse ergab 1572,80 Mk., die Ausgabe 973,10 Mk., so daß 599,70 Mk. an die Hauptkasse abgefordert werden konnten. Die Einnahme der Ortskasse betrug inf. Kassenbestand 1212,82 Mk., die Ausgabe 351,35 Mk., so daß ein Kassenbestand von 861,47 Mk. vorhanden ist. Arbeitslos waren 7 männliche Mitglieder 96 Tage, 16 weibliche Mitglieder 324 Tage, zusammen 23 Mitglieder 420 Tage. Kranf waren 12 männliche Mitglieder 420 Tage und 11 weibliche Mitglieder 254 Tage, zusammen 23 Mitglieder 674 Tage. Die Mitgliederzahl betrug am 1. April 1915 105 männliche Mitglieder und 133 weibliche Mitglieder, zusammen 238 Mitglieder. Da keine Einwendungen erhoben wurden, wurde auf Antrag der Revisoren, die alles in bester Ordnung befunden hatten, dem Kassierer Decharge erteilt. Zum zweiten Punkt „Beschlussfassung über Maßnahmen zur Sicherung der dauernden Einföhrung des Krankengeldes“ erläuterte Kollege Spartakul nochmals die Verhältnisse von Beginn des Krieges bis zur Jetztzeit, dabei hervorhebend, daß von Seiten des Verbandes alles getan wurde, was möglich gewesen sei, so verhalte es sich jetzt auch mit der Beibehaltung des Krankengeldes. Die Einföhrung sei nun versuchsweise geschehen, aber die Ausgaben in den ersten beiden Wochen betraffen schon, daß es nicht durchzuführen sei, wenn nicht die Mitglieder ihrerseits zu den erhöhten Mehrkosten beitragen. Und da bränge sich die Frage auf, was ist nun zu tun, um die Aufhebung des Krankengeldes, das ja von allen Mitgliedern als eine Wohltat empfunden wird, zu verhindern? Hier könne man nach reiflicher Ueberlegung nur zu dem einen Beschlusse kommen, lieber den Extrabeitrag als obligatorischen Beitrag zahlen, als das Krankengeld wieder aufzuheben. Daher bitte Redner, den Antrag des Vorstandes anzunehmen und für die 1. bis 5. Klasse 10 Pf. und für die 6. Klasse 20 Pf. pro Woche zu erheben. In der sich hieran anschließenden Debatte, woran sich noch mehrere Kollegen beteiligten, sprachen sich alle bis auf einen für obigen Antrag aus, der dann auch bei der Abstimmung gegen eine Stimme angenommen wurde. Nachdem unter Verschiedenem noch auf den Kunstabend am 1. Mai in der Stadthalle, wozu Karten im Bureau erhältlich seien, hingewiesen und zu reager Beteiligung aufgefordert war, wurde die Versammlung um 1/11 Uhr geschlossen.

Ehren- Tafel

für unsere im Felde gefallenen Kollegen.

Den Tod auf dem Schlachtfelde haben von unseren Kollegen erlitten:

Paul Wulkow,

Soalbeiter (D. Elner), geboren am 24. März 1898, gefallen am 8. März in Rußland;

Paul Streitjan,

Falzer (R. Mosse), geboren am 18. Januar 1888, gefallen am 11. März in Rußland;

Max Trisch,

Rotationsarbeiter (R. Mosse), geboren am 21. Juli 1894, gefallen am 8. April in Frankreich bei den Combressöhen;

Emil Winkel,

Rotationsarbeiter (aktiv gebient), geboren am 8. März 1891, gefallen in Frankreich.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen die Zahlstelle Berlin.

Infolge einer Verwundung bei einem Kampf im Priesterwalde starb am 18. April im Feldlazarett zu Bagny unser Kollege

Heinrich Weiler

(Rotationsarbeiter im General-Anzeiger) im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm die Zahlstelle Frankfurt a. M.